

... gehören uns!

Die vom Senat geplante „Berliner Schulbauoffensive“ soll Abhilfe schaffen.

Wir alle begrüßen, dass endlich Geld in Schulen, Schulhöfe und Turnhallen fließen soll!

Aber:

Warum müssen dafür Schulen und Schulbau privatisiert werden? Wir fürchten, es wird teurer, langsamer und undemokratischer!

Wir fragen nach:

1. Wie kommt diese hohe Summe zustande? Für ganz Deutschland soll der Sanierungsstau bei den Schulbauten bei 34 Milliarden Euro liegen.
2. Fehlen nicht vor allem Fachkräfte? Auch die HOWOGE kann keine IngenieurInnen backen. Privatisierung statt Stärkung der Verwaltung?
3. Jede GmbH ist privatrechtlich organisiert. Schulen ins Privatrecht verschieben – nennt man das nicht formelle oder Rechtsform-Privatisierung?
4. Dass die Schuldenbremse die Privatisierung der Schulen vorschreibt, ist ein Ammenmärchen. Schulbau ist Daseinsvorsorge. Außerdem ist genug Geld da – allein 2 Milliarden Euro Überschuss aus 2017.
5. Das Schulumfeld hat einen entscheidenden Einfluss auf das Schulleben. Wenn die Bezirke nur Mieter sind: Wer entscheidet, was in den Räumen passiert?

Bildung ist keine Ware!

Alle, die auch der Meinung sind, dass die Schulen in öffentlicher Hand bleiben müssen, sind gefordert, dieses öffentliche Gut zu verteidigen. Die Privatisierung der Berliner Schulen muss gestoppt werden!

Wer, wenn nicht wir!

Bisher haben der Senat und alle drei Regierungsparteien es nicht für nötig gehalten, die Öffentlichkeit ausreichend zu informieren. Wir befürchten, dass die Überführung von Schulimmobilien in die HOWOGE hinter unserem Rücken erfolgen wird. Bevor nun aber auch der Bildungsbereich in den Kapitalmarkt überführt wird, fordern wir umfassende Information und Transparenz sowie eine breite öffentliche Debatte über diesen Paradigmenwechsel.

Wozu eine Volksinitiative?

„Volksinitiative“ ist ein im Berliner Abstimmungsgesetz vorgesehenes Mittel direkter Demokratie. Wenn wir innerhalb von sechs Monaten 20.000 Unterschriften sammeln, müssen wir in den zuständigen Ausschüssen gehört werden. Wir haben am 3. Januar 2018 mit dem Sammeln begonnen.

Kaum jemand glaubt, dass ausgerechnet Rot-Rot-Grün so massiv privatisieren will. Nur wir Bürgerinnen und Bürger können hier für Aufklärung sorgen. Helfen Sie mit!



An die Regierenden der rot-rot-grünen Koalition: Schwächen Sie mit der Flucht ins Privatrecht nicht weiter die öffentliche Verwaltung. Geld genug haben Sie in den Haushalt gestellt. Investieren Sie in eine handlungsfähige, gut ausgebaute Verwaltung, unterstützen Sie demokratische Beteiligung statt Beiratitis! **Keine Schule mit beschränkter Haftung!**

Was können Sie tun?

- Verbreiten Sie diese Nachricht, wo immer Sie können.
- Sammeln Sie mit uns Unterschriften in Ihrem Umfeld.
- Kommen Sie zu unseren Aktiventreffen: Termine unter www.gemeingut.org.
- Sprechen Sie SchülerInnen und Eltern, KünstlerInnen, öffentliche Persönlichkeiten, Medien, Kirchen – wen immer Sie kennen – an.
- Spenden Sie Geld – direkte Demokratie kostet.

Weitere Informationen unter:

www.gemeingut.org
www.attacberlin.de
www.attac.de/privatisierung
www.youtube.com/watch?v=iDecJ3JP_Pg



Spenden mit Kennwort „Unsere Schulen“:

Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e. V.
IBAN: DE20 4306 0967 1124 2291 00,
BIC: GENODEM1GLS

V. i. S. d. P.: Dorothea Härlin,
Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e. V.,
Weidenweg 37, 10249 Berlin

Die Schulen ...

Bau und Unterhalt der Berliner Schulen sind eine öffentliche Aufgabe. Die Sparpolitik der letzten Jahrzehnte hat zu einem riesigen Sanierungsstau geführt. Unsere Schulgebäude sind in teilweise katastrophalem Zustand – nicht nur die Klos sind kaputt! Und die Schul- und Bauämter sind personell so ausgedünnt, dass sie kaum darauf reagieren können. Die Schülerzahlen steigen sogar wieder! 20 Jahre lang hat Berlin fast keine Schulen mehr gebaut, sogar Schulen abgerissen.

Der Senat sagt:

1. Wir planen, 5,5 Milliarden Euro für die Renovierung und den Neubau von Schulen einzusetzen.
2. Für diese riesige Aufgabe brauchen wir Hilfe von außen. Wir beauftragen die Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE mit dem Bau von einigen Schulen und mit teuren Renovierungen.
3. Das ist keine Privatisierung, denn die HOWOGE gehört zu 100 Prozent dem Land Berlin.
4. Wegen der Schuldenbremse dürfen wir ab 2020 keine neuen Schulden machen. Neue Kredite gehen dann nur noch über eine GmbH, zum Beispiel die HOWOGE.
5. Die Überführung an die HOWOGE betrifft nur die Gebäude, dadurch ist der Schulbetrieb nicht betroffen.

Brauchen wir so viel Geld und brauchen wir Kredite? Nein!

Der Berliner Bausektor und die Bauämter sind überlastet. Schon 2016 und 2017 konnte im Schulsektor nur ein Bruchteil des bereitgestellten Geldes verbaut werden. Es mangelt an Fachkräften. Wie soll man jetzt von einem Jahr aufs andere dreimal mehr bauen? Der Neuaufbau einer Schul-GmbH bedeutet jahrelangen Stillstand. Was wir brauchen, ist eine Kehrtwende zur Stärkung der öffentlichen Hand.

Die Schuldenbremse

Diese von Herrn Schäuble erfundene Methode, die den Bund, die Länder und die Kommunen an die Leine nimmt, wurde 2009 im Grundgesetz verankert. Die Länder wurden verpflichtet, ab 2020 keine neuen Schulden zu machen. Das ist das Einfallstor für Privatisierungen. Daran verdienen immer die Banken, aber auch Versicherungen und andere nach gewinnträchtigen Anlagen suchende Großkonzerne. Vor den zu erbringenden Leistungen steht immer die garantierte Rendite. So kommen Privatisierungen die BürgerInnen am Ende immer teurer. Davor warnen die Rechnungshöfe von Bund und Ländern regelmäßig. Wenn die BürgerInnen die Rechnung präsentiert bekommen, sind die PolitikerInnen längst weitergezogen.

Eine GmbH in der Daseinsvorsorge – wo liegen die Risiken?

Alle Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind privatrechtlich verfasst. Sie sind verpflichtet, Gewinne zu erwirtschaften. Wirtschaftlichkeit ist also das oberste Ziel jeder GmbH, ihr Gegenstand – sei es Gesundheit, Bildung oder anderes – ist zweitrangig. Wenn der neuen Schul-GmbH das Geld ausgeht, gibt es drei Möglichkeiten: Mieterhöhung für die Bezirke, Verkauf von Grundstücken (zum Beispiel von Teilen der Schulhöfe) oder das Land Berlin schießt Geld nach. Geht die GmbH pleite, wie seinerzeit die Bankgesellschaft, wem gehören dann die Schulen?

Klar, dem Kreditgeber, also den Banken.

Geht es nur um Schulimmobilien?

Natürlich nicht! Es geht um das, was später in den Schulen passiert. Die Bezirke werden Mieter. Die Schul-GmbH wird Vermieterin, sie muss nun Gewinne erwirtschaften. Das alles kann passieren: Der Schulhof ist nach neuen Berechnungen zu groß, da kann man einen Teil verkaufen, für Wohnungsbau, Supermärkte oder was auch immer. Mit dem kostenlosen Parken für LehrerInnen ist es dann auch vorbei. Die Sportvereine, die bisher gratis die Turnhallen nutzen, müssen künftig viel Geld bezahlen. Das wird auch für alle anderen Aktivitäten außerhalb des regulären Unterrichts gelten. Auch die Wände gehören der Vermieterin, also: weg mit Bildern von SchülerInnen! Mit Werbung für Coca Cola, Haribo, Apple und so weiter lässt sich gut Geld verdienen.

